

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 5

Artikel: Ursachen des Stillstandes
Autor: Walter, Emil Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332440>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ursachen des Stillstandes

Von Emil Jakob Walter.

I.

Die Ausführungen des Genossen Arthur Schmid in der letzten Nummer der »Roten Revue« haben die Diskussion über den Ausgang der Nationalratswahlen vom 27. Oktober auf den Boden der Tatsachen gestellt. Damit ist das Eis gebrochen. Genosse Schmid hat durchaus das Richtige getroffen, wenn er feststellte, »daß die sachlichen Voraussetzungen für den Erfolg der Sozialdemokratie da sind. Für den tatsächlichen Erfolg aber genügen die Voraussetzungen, die in der Gegenwart selbst liegen, nicht, sondern die lebendigen Menschen müssen die Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf schaffen.«

Von dieser Grundlage aus ist eine ertragreiche und fruchtbringende Diskussion über den Ausgang der Nationalratswahlen überhaupt erst möglich. Solange man sich bestrebt, die Ursachen des Stillstandes in mehr oder minder wichtigen taktischen Erwägungen oder in Organisationen außerhalb der Sozialdemokratischen Partei zu suchen, muß man irregehen. Man muß sich dabei vor allem vor Illusionen und Selbsttäuschungen hüten.

Es gab in unserer Partei Rechtsillusionisten, die der Meinung waren, wenn die Partei bloß den Diktaturparagraphen abschwöre und sich positiv zur Landesverteidigung bekenne, dann werde ihr schon die Mehrheit des Schweizervolkes zustimmen. Dieser Gruppe von Rechtsillusionisten stand die Gruppe von Linksillusionisten gegenüber, welche das Heil der Arbeiterbewegung im »antifaschistischen Kampf« und der Parole der Einheitsfront erblickten. Beide Unterströmungen unseres Parteilebens sind durch die Erfahrungen dieses Jahres widerlegt worden. Der wahlpolitische Erfolg der Basler Genossen steht dem Mißerfolg der Genfer gegenüber, wobei zudem nicht außer acht gelassen werden darf, daß in Basel als einer ausgesprochenen Industrie- und Handelsstadt im Jahre 1935 bloß *das* wahlpolitisch nachgeholt wurde, was dank der Spaltung der Arbeiterbewegung in den letzten zehn Jahren versäumt worden ist. Soziologisch war Basel schon längst für eine Linksmehrheit reif.

Man muß den relativen Mißerfolg unserer Partei bei den letzten Wahlen nicht in den äußeren Verhältnissen, sondern in den inneren Vorgängen, in der Parteiarbeit selbst suchen. Die dänischen, schwedischen und norwegischen Genossen haben gezeigt, daß auch heute große politische Erfolge möglich sind, wenn man es versteht, die Politik der Arbeiterbewegung zielbewußt und tatkräftig dem gegebenen staatlichen Rahmen anzupassen und jene Aufgaben aufzugreifen, welche dem Staate geschichtlich gestellt wurden. Wenn wir in den folgenden Ausführungen zu grundsätzlicher Kritik übergehen, so vor allem deshalb, weil wir nicht erst heute auf die Gefahren und Schwächen unserer Parteiarbeit hingewiesen haben. Wir machen aufmerksam auf eine ganze Reihe in der »Roten Revue« erschienener Artikel, die sich mit den

heute brennenden Parteifragen beschäftigt haben: März 1934: »Zur Problematik unserer Taktik«; Juni 1934: »Möglichkeiten schweizerischer Wirtschaftspolitik«; August 1934: »Zur Kritik des Plans der Arbeit«; Oktober 1934: »Konservativer Radikalismus«; September 1935: »Reorganisation der Arbeiterbewegung«.

Wer aufmerksam ins Volk hineinhört, muß erkennen, daß es unsere Partei zuwenig verstanden hat, Vertrauen in ihre Kraft und ihre Leistungen zu erwerben. *Wir sind geistig in die Defensive gedrängt worden.* Es ist notwendig, daß die Ursachen dieser Erscheinung schonungslos aufgedeckt werden. Eine Vertuschungstaktik wäre gerade heute die dümmste Taktik, die angewendet werden könnte. Ohne damit bereits das ganze Problem umreißen zu wollen, scheinen uns die Ursachen des Stillstandes der Bewegung in folgenden Tatsachen begründet zu sein:

1. Die Sozialdemokratische Partei hat es bis heute noch nicht verstanden, klare wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen und auf Grund dieser grundsätzlichen Entscheidungen ein umfassendes, realisierbares Aktionsprogramm zu entwickeln.

2. Der Parteiapparat (das gleiche trifft auf den Apparat der Gewerkschaften und Genossenschaften zu) ist soziologisch und personell überaltert und erstarrt.

3. Das Wahlverfahren begünstigt die politische Zersplitterung, stärkt die Macht des Parteiapparates gegenüber den Wählern und entfremdet so immer mehr Partei und Volk. Zugleich wird dadurch das Gefühl der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit geschwächt. Das englische System, wonach der Opposition in der politischen Willensbildung entscheidende Macht, wenn auch nur auf indirektem Wege, eingeräumt wird, sollte sowohl im inneren Parteileben als auch in den Beziehungen der Parteien vermehrte Beachtung finden.

II.

Betrachten wir die einzelnen Punkte etwas näher. Ist es wirklich wahr, hat die Partei, die schweizerische Arbeiterbewegung kein klares wirtschaftspolitisches Programm? Ist nicht im Plan der Arbeit ein solches Programm geschaffen worden?

Darauf ist etwa folgendes zu antworten: Gewiß, verglichen mit früher ist der Plan der Arbeit ein wesentlicher Fortschritt, ein Schritt über das fruchtlose, während Jahren geübte Stadium der rein negativen wirtschaftspolitischen Kritik hinaus zu konkreter, sachlicher Erfassung der gegebenen wirtschaftspolitischen Probleme. Aber auch der »Plan der Arbeit« ist in der vorliegenden Form zunächst nichts anderes als ein Programm, als ein Zielpunkt für den fernen Tag der Eroberung der vollen, unbeschränkten politischen Macht unter dem Banner des planwirtschaftlichen Staatssozialismus.

Bei der Formulierung des Plans der Arbeit ist man zwar von der Allgemeinheit der Phrase der »Sozialisierung der Produktionsmittel« zu konkreteren Lösungen übergegangen, aber der Plan der Arbeit könnte in der vorliegenden Fassung ebensogut aufgestellt worden sein in Neuseeland oder Mexiko oder Holland. Es fehlt die eindeutige Bezugnahme

auf die spezifisch schweizerischen Verhältnisse. Den einfachen Wähler interessiert nicht das allgemeine Schicksal des Gewerbes, der Industrie, der Landwirtschaft, sondern der einfache Wähler will wissen, wie man der Schuh-, der Seidenindustrie, der chemischen Industrie, dem Coiffeurgewerbe usw. helfen will, was mit einer Sparkasse, was mit den Großbanken, den Versicherungsgesellschaften geschehen soll, wie man eine Straßen- oder Bundesbahn sanieren will, wie hoch die Steuern angesetzt werden müssen usw.

Mit andern Worten, der Plan der Arbeit ist in der vorliegenden Fassung zwar viel besser, als unsere früheren Programme waren, aber immer noch nicht zeitnah genug. Vor allem ist auch im Plan der Arbeit keine grundsätzliche Stellung zu den Fragen der Finanz-, Währungs-, Lohn- und Preispolitik bezogen worden. Offenbar ging man von der Auffassung aus, durch Einführung des Plans der Arbeit würden alle diese Fragen gegenstandslos. Der einfache Wähler aber fragt, was tut ihr jetzt, was soll heute, nicht erst in zehn oder zwanzig Jahren getan werden? Gerade in diesem Punkte hat das Sofortprogramm der Partei zu den Wahlen keinen tiefen Eindruck hinterlassen, weil seine farblosen Formulierungen gegenüber konkreten Hotel- und Butterplanvorschlägen verblassen mußten. Man hätte es noch begreifen können, wenn die Partei die Forderungen der Kriseninitiative wieder aufgenommen hätte, aber diese hielt man nach dem 2. Juni zu wenig konsequent aufrecht, so daß im Volke der Eindruck der Kurslosigkeit unserer Wirtschaftspolitik entstehen mußte.

Man sollte sich darüber klar sein, daß es wirtschaftspolitisch nur wenige Möglichkeiten gibt: »Deflation«, Devaluation oder die Politik der Kriseninitiative. Alle diese drei Wege haben ihre Vor- und Nachteile, worüber wir uns an dieser Stelle nicht im einzelnen auslassen können. Aber irgendein Weg muß eingeschlagen oder vorgeschlagen werden. An diesem Weg muß man konsequent festhalten, aber man darf nicht von Monat zu Monat mit immer neuen Wahlparolen den Wähler kopfscheu machen. *Wir brauchen weniger Programme, dafür mehr Projekte.* Der Weg, den das Gutachten Grimm/Rothpletz vorschlug, war prinzipiell der richtige Weg. Man muß konkrete Teillösungen vorschlagen, Lösungen, die allerdings einem grundsätzlich bestimmten wirtschaftspolitischen Kurs unterzuordnen sind, aber zugleich Lösungen darstellen, die dem einzelnen Bürger zeigen, wie der Baumwollindustrie, der Maschinenindustrie, dem Fleischerzeugerwerbe und so weiter geholfen werden kann.

Versucht man dieser Aufgabe mit viel Agitationsgetöse auszuweichen, so ist dies keineswegs ein Zeichen der Stärke, sondern der inneren Schwäche.

III.

Mit dem Problem einer grundsätzlichen Abklärung unserer Wirtschaftspolitik, die vor allem auch nicht allzusehr an den Interessen des Staatspersonals orientiert sein darf, steht in engstem Zusammenhang das Problem der Erstarrung des Parteiapparates. Mit wenigen

Ausnahmen sind heute in der Partei wie auch in den Gewerkschaften die gleichen Leute führend, die in der Periode des Generalstreiks und der Spaltung die Partei nach außen vertraten. Alle politischen und taktischen Wandlungen der Partei sind von den betreffenden Führern mitgemacht und auch nach außen vertreten worden.

Wichtiger ist vielleicht noch eine andere Tatsache. Die heute in der Partei tonangebende obere, mittlere und untere Führerschicht weist soziologisch, ihrem sozialen Ursprunge nach, ein ziemlich einheitliches Gesicht auf. Durch die Partei sind im Laufe der letzten Jahre zahlreiche Funktionäre aus den unteren Volkschichten in gehobenere soziale Stellungen auf dem Umwege über das politische Amt gelangt. Man kann es diesen Funktionären nicht einmal verargen, wenn im Laufe der Jahre das Grün ihrer idealistischen Begeisterung vom Reif der Routine überkrustet wird. Die wirtschaftliche Schwäche der Bewegung erschwert die geistig und politisch so wichtige Bluterneuerung. Daß zu dieser relativen Erstarrung des Parteiapparates das Proporzwahlverfahren nicht unwesentlich beigetragen hat, scheint uns klar zu sein. Ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Sieg des Faschismus und dem Proporzwahlverfahren ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Italien, Deutschland und Oesterreich haben das Proporzwahlverfahren nach dem Kriege mit dem unerwarteten Resultat eingeführt, daß die Parteiapparate gegenüber dem Wähler immer mächtiger wurden und die natürliche Korrektur, wie sie etwa im englischen Einerwahlkreisverfahren vorliegt, unmöglich wurde.

Zusammenfassend möchten wir noch einmal feststellen: Unsere Partei kann nur dann erwarten, das Vertrauen des Volkes zu erringen, *wenn sie organisatorisch und geistig verjüngt und reorganisiert wird*. Sie muß sich einen klaren *wirtschaftspolitischen Kurs* erarbeiten. Sie muß in Zukunft imstande sein, den bürgerlichen Parteien ein eigenes geschlossenes Finanzprogramm gegenüberzustellen. Ihre Politik muß von der Tagesagitation zu einer zielbewußten Linie übergehen. Ihre Vorschläge müssen *sachlich* weit besser als bisher fundiert und begründet sein. *Nur durch strengste Arbeit an sich selbst kann unsere Partei zur führenden Partei des Schweizervolkes emporwachsen.*

Sozialistische Selbtkritik

Es gibt zweierlei Arten sozialistischer Selbtkritik. Eine Kritik an den überlieferten Anschauungen und Theorien des Sozialismus, und eine Kritik, die hinwiederum die sozialistische Selbtkritik des Tages einer scharfen Prüfung unterwirft. Beide Arten der Kritik sind geboten und berechtigt. Kein sozialistischer Eifer und keine noch so begreifliche Pietät für die Leistungen der großen Vorkämpfer und Theoretiker der Vergangenheit darf die Träger des sozialistischen Gedankens der Gegenwart abhalten, die Lehren der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus an dem Maßstab der heutigen ökono-